

ECO-Post

- **Meldungen aus Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik**

Editorial	2
Europa	3
Informeller EU-Energie- und Umweltrat: Öko-effiziente Wirtschaft.....	3
Ausschussvorsitzende vom Europäischen Parlament bestimmt	4
Prioritäten der Schwedischen Ratspräsidentschaft im Umweltbereich.....	4
EU-Kommission legt Vorschlag für Verordnung zur Gasversorgungssicherheit vor	5
DIHK nimmt an Umfrage der EU-Kommission zum Energieeffizienz-Aktionsplan teil.....	7
EU-Kommission legt „Überprüfung der Umweltpolitik“ für 2008 vor	8
Großbritannien stellt nationale Energie- und Klimastrategie vor	9
7.5 Mio. Euro EU-Fördergelder für nachhaltigen Verkehr und maritime Öko-Innovation .	11
Mülldeponien unterliegen europaweiten Standards.....	11
Neuer EU-Monitor „Umwelt und Energie“ online	12
Eurobarometer erfragt europäisches Umweltbewusstsein	12
Bund	13
EEG-Nachhaltigkeitsverordnung tritt am 24. August 2009 in Kraft	13
Bundestag verabschiedet Verordnung zur EEG-Umlage	14
Deutschland erhält Fristverlängerung für Feinstaubgrenzwerte	15
Neues Batteriegesetz tritt am 1. Dezember 2009 in Kraft	16
„EMAS Award 2009“: Vier deutsche Organisationen kandidieren	17
IHK-Zertifikatslehrgang „Energie Manager“ hilft Betrieben beim Energiesparen.....	17
dena bietet Empfehlungen und Motivationshilfen zum energieeffizienten Mitarbeiterverhalten.....	19
Länder	20
Förderung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel	20
Workshop „Unternehmerische Anpassung an den Klimawandel“ am 14. September 2009 in Berlin	21
Fachmesse für erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen & Sanieren vom 24. bis 27. September in Augsburg	21
Infoveranstaltung „Energieeffizienz in Gebäuden – Thailand“ am 28. Oktober 2009 in Frankfurt am Main	22
Mit Umwelttechnik nach Peru und Kolumbien	23
Kongress „Energie *Zukunft* Unternehmen“ am 18. November 2009 in Bremerhaven ...	23
Hinweis	24
Hinweis zu verunreinigtem Edelstahl aus China.....	24
Veranstaltungen	25
Effektive Maßnahmen zum Schutz Ihres Unternehmens vor Sturm- und Wasserschäden am 21.09.2009 in Dillenburg	25
Energieversorgung – sicher, bezahlbar und effizient.....	25

Editorial

Klimaschutz muss einfacher und kostengünstiger, das Instrumentarium besser aufeinander abgestimmt werden – so das Fazit eines Gutachtens, das das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) am 8. Juli in Berlin vorgestellt haben. Im Vorfeld des UN-Klimagipfels in Kopenhagen hat das IW im Auftrag des DIHK die bisherige Klimapolitik auf Kosten, Bürokratieaufwand und Effizienzreserven hin untersucht und auf dieser Basis „Grundzüge einer effizienten Klimapolitik“ formuliert.

Das Ergebnis: Gerade der deutsche Beitrag zur Vermeidung der CO₂-Emissionen ist zu teuer erkaufte, zu bürokratisch und nutzt internationale Effizienzpotenziale zu wenig. Im Vergleich zu Alternativszenarien entstehen vor allem den Unternehmen hierzulande jährliche Mehrkosten in Milliardenhöhe. Deutschland kann sich einen zu teuren und ineffizienten Weg jedoch nicht leisten – erst recht nicht, wenn die Ziele noch ehrgeiziger werden und auch in der Krise am Klimaschutz festgehalten werden soll.

Das Gutachten zeigt, dass es unverantwortlich ist, auf einzelne Energieträger von vornherein komplett zu verzichten, und dass der Emissionshandel besser ausgestaltet werden muss. Auch kann Kopenhagen nur dann ein Erfolg werden, wenn es gelingt, die Klimapolitik global weiterzuentwickeln. Zwar muss einer vorangehen, doch kann Europa allein das Weltklima nicht retten. Es gilt vielmehr, Einsparungen weltweit dort vorzunehmen, wo es am kostengünstigsten ist.

Eine weitere Schlussfolgerung aus dem Gutachten ist das Erfordernis eines „ökologisch und ökonomisch intelligenten Ordnungsrahmens“ für Deutschland. Unternehmen müssen motiviert werden, national und weltweit Freiräume zu nutzen, um Zukunftsmärkte zu erkennen oder gar zu schaffen und dort erfolgreich tätig zu werden.
(ilk)

Die Statements von DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben und IW-Direktor Michael Hüther sowie das Gutachten „Grundzüge einer effizienten Klimapolitik“ sind auf der DIHK-Website erhältlich:
[Statement Wansleben \(PDF, 34 KB\)](#)
[Statement Hüther \(PDF, 44 KB\)](#)
[Gutachten „Grundzüge einer effizienten Klimapolitik“ \(PDF, 324 KB\)](#)

Europa

„Grüne Industrien“ und ressourceneffiziente Technologien

Informeller EU-Energie- und Umweltrat: Öko-effiziente Wirtschaft

Die schwedische Ratspräsidentschaft hat die Diskussionsergebnisse des informellen Energie- und Umweltrates zusammengefasst. Kernaussage ist, dass bei einer kommenden EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung – als Nachfolge der Lissabon-Strategie – der Übergang zu einer öko-effizienten Wirtschaft im Mittelpunkt stehen müsse. „Grüne Industrien“ und ressourceneffiziente Technologien/Prozesse würden dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Eine Voraussetzung, um diese Märkte wirtschaftlich attraktiv zu machen, sei der Abschluss eines internationalen Klimaschutzabkommens Ende 2009 in Kopenhagen. Ebenso würde die Bepreisung von CO₂ und ein weltweites CO₂-Handelssystem den Weg zu einer öko-effizienten Wirtschaft vorantreiben. In dem gemeinsamen Energie- und Umweltratspapier wird die mögliche Funktion von Ökosteuern nur kurz angedeutet. Dagegen wird in einem separaten Umweltratspapier die Bedeutung von CO₂-Steuern für solche Bereiche, die nicht in den CO₂-Zertifikatehandel integriert sind, hervorgehoben und die stärkere Besteuerung von Ressourcenverbrauch und Energie empfohlen.

Als Sektoren mit Potenzial für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung werden erneuerbare Energien, energieeffiziente Technologien und Umwelttechnologien, Informations- und Kommunikationstechnologien, Raumplanung, Tourismus und Agrarwirtschaft genannt. Neben der Bedeutung von Forschung, Entwicklung und Innovation für den Erfolg einer Lissabon-Nachfolge- bzw. Post-2010-Strategie wird kurzfristig die Nutzung der „low hanging fruits“, also der vorhandenen Technologien mit simultanen ökonomischen und ökologischen Vorteilen empfohlen. Institutionelle Hindernisse, mangelnde Finanzierung und Information müssten überwunden werden, um das Potenzial der bereits vorhandenen Technologien zu nutzen - die Steigerung der Energieeffizienz wird hierbei herausgestellt.

Als Grundlage für die Diskussion beim informellen Energie- und Umweltrat hat die schwedische Ratspräsidentschaft eine Studie zur „European Eco-Efficient Economy“ erstellen lassen. Hier werden u. a. die Unterstützung von Innovation, Demonstrationsprogramme und Leitmarktinitiativen gefordert.

Zur Erfüllung des Treibhausgasreduktionsziels der EU bis 2020 sind nach Ansicht der Verfasser insbesondere größere Anstrengungen bei der Steigerung der Energieeffizienz erforderlich. Die schwedische Ratspräsidentschaft möchte die Diskussion um die öko-effiziente Wirtschaft weiter vorantreiben, u. a. durch die Präsidentschaftskonferenz „Eco-efficient Economy – Towards Innovative and Sustainable Competitiveness“ am 2. und 3. November in Linköping. (DK)

Schlüsselpositionen von Deutschen besetzt

Ausschussvorsitzende vom Europäischen Parlament bestimmt

Das Europäische Parlament hat Ende Juli die Besetzung der Ausschüsse bekannt gegeben. Dabei konnten deutsche Abgeordnete wichtige Schlüsselpositionen in der Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik besetzen. Der nordrhein-westfälische Abgeordnete Herbert Reul wurde zum Vorsitzenden des einflussreichen Industrie- und Energieausschusses gewählt. Den Umwelt- und Verbraucherausschuss führt in der ersten Hälfte der Wahlperiode der saarländische SPD-Abgeordnete Jo Leinen – danach soll der niedersächsische SPD-Abgeordnete Matthias Groote den Vorsitz übernehmen. (Wus)

Wichtig: Klimawandel und Kopenhagen

Prioritäten der Schwedischen Ratspräsidentschaft im Umweltbereich

Seit dem 1. Juli 2009 hat Schweden die halbjährige Präsidentschaft im Rat übernommen. Top-Thema wird die Klimapolitik und insbesondere die internationale Konferenz in Kopenhagen im Dezember dieses Jahres sein. Ferner soll es Fortschritte beim Thema Biodiversität, bei der Ostseestrategie und allgemein beim Meeresumweltschutz geben. Eine Studie zu ökoeffizienter Wirtschaft ist ebenfalls geplant. Was die in der Beratung befindlichen Rechtsakte betrifft, so wird die schwedische Ratspräsidentschaft an den Richtlinien zu WEEE und ROHS weiter arbeiten und strebt dort möglicherweise sogar eine Einigung in erster Lesung an. Schließlich stehen die Themen Biozide, Schiffsabwrackung und der CO₂-Ausstoß leichter Nutzfahrzeuge – hier wird die Kommission am 15. September über einen Richtlinienvorschlag entscheiden – auf dem Programm. Die Umweltratssitzungen sind

für den 23. Oktober und den 22. Dezember 2009
geplant. (Wus)

EP-Ausschüsse diskutieren ab September

EU-Kommission legt Vorschlag für Verordnung zur Gasversorgungssicherheit vor

Die neue Verordnung soll die bisherige Gasversorgungssicherheitsrichtlinie 2004/67/EG ersetzen. Eingeführt werden sollen gemeinsame Versorgungssicherheitsstandards, Notfallmaßnahmen auf europäischer Ebene und eine Ausweitung der Transparenzanforderungen und Berichtspflichten.

Die Kommission hat sich für die Ablösung der Richtlinie durch eine Verordnung entschieden, da eine Verordnung keinen langwierigen Umsetzungsprozess durchlaufen muss und von den zuständigen Behörden in den Mitgliedsländern sowie den Marktteilnehmern direkt anzuwenden ist. Im September wird das Europäische Parlament die Diskussion der Verordnung in den Fachausschüssen beginnen. Es ist davon auszugehen, dass der EP-Ausschuss für Industrie, Forschung, Energie (ITRE) die Verordnung federführend diskutieren wird.

Wesentliche Inhalte:

1) Versorgungssicherheitsstandards

Bei Ausfall der größten Infrastruktur muss die verbleibende Infrastruktur in der Lage sein, eine Gasnachfrage für die Dauer von 60 Tagen in einer extremen Kaltwetterperiode zu befriedigen (Art. 6). Außerdem muss die Nachfrage „geschützter Verbraucher“ (Privatkunden und im Ermessen der Mitgliedstaaten auch KMU, Schulen und Krankenhäuser) bei extremer Kaltwetterperiode und Versorgungsausfall für mindestens 60 Tage gewährleistet werden (Art 7). Diese Standards müssen nicht allein mit der auf dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates vorhandenen Infrastruktur erfüllt werden. Vielmehr kann im Rahmen der verpflichtenden Aufstellung eines Präventionsplans (Art. 5) und eines Notfallplans (Art. 9) auch eine grenzüberschreitende Erfüllung („auf regionaler Ebene“) der Standards nachgewiesen werden.

2) Notfallmaßnahmen auf EU-Ebene

Wenn mehr als 10 % der täglichen Gasimporte der EU aus Drittstaaten ausfallen, kann die EU-Kommission einen gemeinschaftsweiten Notfall

ausrufen (Art. 10). Falls in mehr als einem Mitgliedstaat ein Notfall gem. Art. 9 erklärt wurde, ist sie sogar zur Ausrufung eines gemeinschaftsweiten Notfalls verpflichtet. In diesem Fall koordiniert die EU-Kommission die Maßnahmen der nationalen Behörden und verfügt über ein Weisungsrecht an die Mitgliedstaaten, um die Konsistenz der Maßnahmen sicherzustellen. Weiterhin müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass der grenzüberschreitende Zugang zu Speicheranlagen aufrechterhalten wird. Die Kommission setzt eine Koordinierungsgruppe Erdgas ein, die nicht nur im Notfall, sondern regelmäßig einberufen wird. Die Koordinierungsgruppe soll sich aus Vertretern der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, der europäischen Regulierungsagentur ACER, des europäischen Netzwerks der Fernleitungsbetreiber (ENTSO) sowie der Interessenverbände der Erdgasindustrie und der Verbraucherverbände zusammensetzen.

3) Ausweitung der Transparenzanforderungen und Berichtspflichten

Die Mitgliedstaaten sollen die Kommission über Verträge mit Drittstaaten informieren, die infrastrukturell relevant sein könnten. Ebenso sollen Erdgasunternehmen der Kommission detaillierte Informationen über Verträge mit Lieferanten aus Drittstaaten übermitteln. Bei einem nationalen Notfall muss die zuständige nationale Behörde die Kommission täglich, etwa über die Entwicklung der Erdgasnachfrage- und Angebotssituation, informieren, bei einem gemeinschaftsweiten Notfall kommen Berichtspflichten über nationale und grenzüberschreitende Notfallmaßnahmen hinzu.

Positiv sind in jedem Fall die Mindeststandards für die Krisenvorsorge zu bewerten. Die Mitgliedstaaten und Erdgasversorger können entscheiden, durch welche konkreten Mittel (Speicher, unterbrechbare Verträge, Ersatzbrennstoffe) sie die Mindeststandards erfüllen. Aus Wettbewerbsgründen ist es jedoch wichtig klarzustellen, dass auch in einem Krisenfall die Nutzung der Gasspeicher auf kommerzieller Grundlage zu erfolgen hat – dies könnte vorab zwischen Unternehmen vertraglich geregelt werden. Andernfalls reduzieren sich die Anreize zur Krisenvorsorge in denjenigen Mitgliedstaaten, die nicht über ausreichende Speicherkapazitäten verfügen. (DK)

Keine weitere Ausdehnung von Mindestnormen!

DIHK nimmt an Umfrage der EU-Kommission zum Energieeffizienz-Aktionsplan teil

Die EU-Kommission hat im Juli zur Bewertung ihres EU-Aktionsplans für Energieeffizienz aus dem Jahre 2006 aufgerufen. Zu 20 Fragen konnte EU-Bürger und Institutionen Stellung nehmen. Der DIHK hat an der Konsultation teilgenommen und die Ansichten der deutschen Wirtschaft transportiert:

Der Schwerpunkt eines künftigen Energieeffizienz-Aktionsplans sollte auf dem Abbau von Informationsbarrieren und rechtlichen Barrieren bei der Steigerung der Energieeffizienz liegen. Der Schwerpunkt der Umsetzung des Energieaktionsplanes von 2006 lag dagegen auf der Konkretisierung zahlreicher neuer ordnungsrechtlicher Anforderungen in den Bereichen Gebäude, Produkte und Kraftfahrzeuge. Diese Vielzahl von Mindestnormen darf keinesfalls weiter ausgedehnt werden. Vielmehr ist nun zu prüfen, inwieweit eine bessere Abstimmung von Instrumenten erreicht werden kann. Die kürzlich beschlossene Ausweitung der Eco-Design-Richtlinie wird u. a. zu Mindestnormen vor allem solcher Produkte führen, die den Energieverbrauch von Gebäuden beeinflussen. Die Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden nimmt jedoch bereits einen starken Einfluss auf die Entwicklung dieser Produkte, da im Gebäudebereich zunehmend Produkte nachgefragt werden, mit denen die rechtlichen Anforderungen erfüllt werden können (von Dämmstoffen über Armaturen bis zur Beleuchtung). Im Interesse des Abbaus von Bürokratiebelastungen sollte daher bei der Umsetzung der Eco-Design-Richtlinie auf jegliche Doppelregulierung verzichtet und die Auswahl der Produktkategorien kritisch geprüft werden. Technischer Fortschritt im Bereich der Energieeffizienz kann technologieneutral und kosteneffizienter über die Gebäude-Energieeffizienz-Richtlinie erreicht werden. Die Energieeffizienzpolitik läuft ohnehin in Gefahr, durch eine weitere Ausweitung der Instrumentenvielfalt bürokratische Belastungen ohne Mehrwert für energiepolitische Ziele zu erhöhen. Keinesfalls sollte daher das Konzept staatlich geplanter Energieeinsparmärkte mit weißen Zertifikaten weiter verfolgt werden. Stattdessen muss durch gezielte Information der doppelte Nutzen der Energieeffizienz – Kostenreduktion mit gleichzeitigem Betrag zu energie- und umweltpolitischen Zielen – verdeutlicht werden. Informationskampagnen und Aus- und Weiterbildung

sind daher entscheidende Ansatzpunkte. Verzichtet werden sollte auch auf eine Ausweitung der selektiven steuerlichen Marktlenkung durch ermäßigte Mehrwertsteuersätze – dies erhöht die Steuerbürokratie und reduziert die Handlungsspielräume, um in den Mitgliedstaaten ein einfacheres Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen für alle Branchen zu schaffen. (DK, Gra, Hüb)

Gestern wie heute: Top Thema Klimawandel

EU-Kommission legt „Überprüfung der Umweltpolitik“ für 2008 vor

Die EU-Kommission hat Ende Juni die [Mitteilung zur Überprüfung der Umweltpolitik](#) von 2008 veröffentlicht. Der jährliche Rückblick beschäftigt sich dieses Mal vor allem mit den Themen Klimawandel, Schutz der biologischen Vielfalt, Chemikalien, Luftqualität, Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch sowie Abfall.

Der Klimawandel wird von der Kommission als größte Bedrohung für die Erde eingeschätzt und seine Bekämpfung nahm daher auch den größten Raum in der europäischen Umweltpolitik von 2008 ein. Auf der Klimakonferenz in Poznan im Dezember seien einige wichtige Ergebnisse erzielt worden, so die Kommission. So wurde ein Verhandlungsplan aufgestellt, der es ermögliche, auf der UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen zu einem Vertragsabschluss zu gelangen. Den auf dieser Konferenz erwarteten Entscheidungen werden in der der EU weitere Aktivitäten zur Gesetzgebung folgen.

Im Dezember 2008 wurde auch das Klimaschutz- und Energiepaket von Parlament und Rat angenommen. Das Paket enthält Vorschläge zur Verbesserung des Emissionshandelssystems der EU dahingehend, dass weitere Treibhausgase einbezogen und EU-weit strengere Emissionsobergrenzen und Emissionsreduktionsziele für bisher nicht unter das Emissionshandelssystem fallende Sektoren wie Straßenverkehr, Bauwesen, Dienstleistungen und Landwirtschaft festgesetzt werden. Der Luftverkehr soll ab 2012 ins Emissionshandelssystem einbezogen werden.

Auch die Wirtschaftskrise fand ihren Platz in der Umweltpolitik der Kommission. Sie begreift die Krise als Chance. Eine stärkere Umweltpolitik könne

die Neubelebung der Wirtschaft fördern und der EU eine nachhaltige Wettbewerbsposition sichern. Das von der Kommission 2008 verabschiedete Konjunkturprogramm sieht Maßnahmen und Instrumente zur Verbesserung der Energieeffizienz, zur Ankurbelung des Verkaufs umweltfreundlicher Produkte, zur Entwicklung der IKT-Breitbandinfrastruktur und sauberer Technologien für Personenkraftwagen und den Bausektor vor. (Wus)

Reduzierung von CO₂-Emissionen geplant

Großbritannien stellt nationale Energie- und Klimastrategie vor

Die britische Regierung hat am 15. Juli 2009 ihre nationale Energie- und Klimastrategie bis zum Jahr 2020 vorgelegt. Im Vordergrund stehen Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen.

In einem Fünf-Punkte-Plan stellt Großbritannien seine klima- und energiepolitischen Prioritäten für die kommenden Jahre vor. Die Regierung fordert darin den Abschluss eines internationalen Post-Kyoto-Abkommens auf der Kopenhagener Klimakonferenz im Dezember 2009 und die Reduktion der weltweiten CO₂-Emissionen um 50 % gegenüber 1990 bis 2050.

Auf nationaler Ebene sollen zum einen Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in den Bereichen Flutschutz, Küstenerosion, Häuserbau, Wassermanagement und Landwirtschaft durchgeführt werden.

Zum anderen soll Großbritannien ein „Low Carbon Country“ werden, wie das Weißbuch „Low Carbon Transition Plan“ ausführt: Unternehmen und Privathaushalte sollen auf ökoeffiziente Energieversorgung umsteigen, um eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 34 % bis 2020 und um 80 % bis 2050 gegenüber 1990 zu erreichen. 40 % der Elektrizität sollen bis dahin aus Low Carbon-Quellen gewonnen werden: bis zu 30 % sollen aus erneuerbaren Energien stammen, 10 % aus Nuklearenergie. Bis zu 120 Millionen Pfund will Großbritannien in den Bau neuer Windkraftanlagen, bis zu 60 Millionen Pfund in die Gewinnung von Meeresenergie investieren. Die Rede ist von 7000 neuen Windturbinen zu Land und zu Wasser bis 2020.

Unternehmen und Privathaushalte sollen finanzielle Anreize erhalten, um auf ökoeffiziente Energiever

sorgung umzusteigen. Ab April 2010 plant die Regierung eine Ausweitung des CO₂ - Zertifikatehandels: Große, nicht energieintensive Unternehmen, die nicht vom europäischen Emission Trading System (EU ETS) erfasst werden, sollen zum Kauf von Zertifikaten verpflichtet werden (Carbon Reduction Commitment). Ab 2013 soll die Gesamtmenge dieser Zertifikate gedeckelt werden. Je nachdem, wie erfolgreich ein Unternehmen seine Reduktionsziele verwirklicht, kann es die Einnahmen aus dem Zertifikate-Verkauf wieder von Staat zurückerhalten. Ein öffentliches Ranking soll Auskunft darüber geben, wer jährlich wie viel CO₂ emittiert.

Darüber hinaus ist in der Diskussion, wie das bis 2013 laufende „Klimawandel-Übereinkommen“ zwischen Regierung und Industrie bis 2017 verlängert werden kann. Es gewährt energieintensiven Unternehmen einen Nachlass von der 2001 eingeführten CO₂-Steuer bis zu 80%, soweit eine Branchen- und eine unternehmensindividuelle Vereinbarung zur Verbesserung der Energieeffizienz bzw. der Reduktion von CO₂ -Emissionen mit der Regierung geschlossen wurden.

Ein „Clean Energy Cash Back“-System sieht vor, dass Unternehmen und Privatpersonen ab April 2010 Vergütungen in Form von Einspeisetarifen erhalten, wenn sie Strom und Wärme aus erneuerbaren Energien herstellen. So kann zum Beispiel ein Haushalt, der Solarenergie verwendet, pro Jahr bis zu 800 Pfund zusätzlich einnehmen. Ab April 2011 soll es außerdem ein neues Förderinstrument für Wärme aus erneuerbaren Energien geben (Renewable Heat Incentive).

Der 2008 eingerichtete Fonds „Carbon Trust“, aus dem zinsfreie Kredite an Unternehmen vergeben werden, die energieeffiziente Produkte herstellen oder neue Technologien zur Schadstoffreduktion entwickeln, soll mit zusätzlichen 100 Mio. Pfund verstärkt werden.

Einkommensschwache Haushalte können von den so genannten „Warm Front Grants“ der Regierung profitieren, aus deren Mitteln bedürftige Privatpersonen neue Isolierungs- und Heizsysteme anschaffen können. Haushalte wie Unternehmen sollen langfristig auf Intelligente Stromzähler umsteigen. Den Kommunen will Großbritannien außerdem 11 Millionen Pfund zur Verfügung stellen, um das Regierungsprogramm umzusetzen. (RN, DK)

Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen

7.5 Mio Euro EU-Fördergelder für nachhaltigen Verkehr und maritime Öko-Innovation

Die EU-Kommission hat einen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen im Bereich maritime Öko-Innovation gestartet. Dieser „Call for Proposals“ ist Teil eines größeren Aufrufs im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogrammes (FP7). Unter dem Stichwort „Ozean von morgen“ werden insgesamt 34 Mio. Euro Fördergelder für multidisziplinäre Forschungsprojekte bereitgestellt, die dazu beitragen sollen, maritime Tätigkeiten und die Erhaltung von Meeren und Ozeanen miteinander in Einklang zu bringen.

Der Aufruf ist in die Themen Energie, Umwelt (Klimawandel), Landwirtschaft und Fischerei, Biotechnologie und Verkehr gegliedert. Das Thema Maritime Öko-Innovation ist unter „Transport Call“ zu finden und zwar in den folgenden Teilbereichen:

1. Aktivität 7. 2. 1. „Ökologisierung des Oberflächenverkehrs“
 - der Energieeffizienz von Schiffen
 - der Verringerung von Schiffsemissionen
2. Aktivität 7.2.5. Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit
 - der Schaffung eines „grünen Lebenszyklus“ von Schiffen in allen Phasen (Bau, Umbau, Abwrackung)
 - der Wettbewerbsfähigkeit der Schifffahrt (inkl. Häfen) in Hinblick auf saubere Tür-zu-Tür-Lieferketten

Die Frist für die Einreichung der Vorschläge läuft bis zum 14. Januar 2010, die ausgewählten Vorhaben werden bis zum Herbst 2010 bekannt gegeben. Begleitend zur Veröffentlichung des Projektaufrufs veranstaltet die EU-Kommission am 28. und 29. September 2009 in Brüssel die sog. [„FP7 Transport Information Days“](#). (Ha)

Stichtag: 16. Juli 2009

Mülldeponien unterliegen europaweiten Standards

Seit dem 16. Juli 2009 müssen alle Abfalldeponien in Europa einem hohen Schutzniveau für Bürger und Umwelt entsprechen. Die Deponierichtlinie 1999/31/EG, die den gemeinsamen Standard normiert, zielt darauf ab, die negativen Auswirkungen von Mülldeponien auf die Umwelt und insbesondere auf Oberflächenwasser, Grundwas

ser, Boden, Luft und die menschliche Gesundheit zu verhindern. Daher enthält sie strenge Richtlinien für das Betreiben von Deponien. Die EU-Kommission überwacht die Einhaltung der Normen. Erfüllen nationale Deponien nicht die europäischen Anforderungen, so wird die Kommission rechtliche Schritte gegen die betreffenden Mitgliedstaaten erwägen. Acht Jahre hatten die EU-Mitgliedstaaten nun Zeit, vorhandene Deponien dem Standard der EU anzupassen oder sie ganz zu schließen.

Seit dem 16. Juli 2009 gelten zudem Reduktionsziele für das Deponieren von biologisch abbaubaren Siedlungsabfällen. Demnach müssen die Mitgliedstaaten solche Abfälle auf Deponien um 50 Prozent im Vergleich zu 1995 halbieren. Dies bedeutet eine Umstellung auf umweltfreundlichere Formen der Abfallwirtschaft, beispielsweise Kompostierung oder Verbrennung mit Energierückgewinnung. Biologisch abbaubare Abfälle machen heute europaweit 40 Prozent der Siedlungsabfälle aus. Derartige Abfälle aus Gärten, Küchen und von Lebensmitteln können Methan erzeugen, ein aggressives Treibhausgas, das sich extrem auf den Klimawandel auswirkt. Die EU-Kommission hat hierzu eine [Pressemitteilung](#) veröffentlicht. (Wus)

Aktuelle Gesetzgebungsverfahren auf einen Blick

Neuer EU-Monitor „Umwelt und Energie“ online

Der neue EU-Monitor „Umwelt und Energie“ 2/2009 ist seit Anfang Juli auf der [DIHK-Website](#) erhältlich. Er gibt einen Überblick über die laufenden und geplanten Arbeiten der Europäischen Institutionen im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik. Sämtliche Hinweise auf öffentliche Dokumente sind mit den Fundstellen im Internet verlinkt, sodass sich die Quellen schnell abrufen lassen. Der EU-Monitor „Umwelt und Energie“ erscheint vierteljährlich. (Wus)

Europas Bürger kaufen „grün“

Eurobarometer erfragt europäisches Umweltbewusstsein

Vier von fünf EU-Bürgern achten bei ihren Kaufentscheidungen auf die Umwelt – so das Ergebnis einer neuen [Eurobarometer-Umfrage](#). In Deutschland machen 84 Prozent der Befragten ihre Kaufentscheidung von der Umweltfreundlichkeit eines Produkts abhängig.

Die überwiegende Mehrzahl der EU-Bürger (83 Prozent) ist der Meinung, die Umweltauswirkungen eines Produkts seien ein wichtiger Aspekt ihrer Kaufentscheidung. Etwa 46 Prozent betrachteten Steuererhöhungen für umweltschädliche und Steuerensenkungen für umweltfreundliche Produkte als bestes Mittel zur Förderung umweltfreundlicher Produkte. Die Befragten sprachen sich großteils dafür aus, dass der Einzelhandel umweltfreundliche Produkte fördert. Etwa die Hälfte der EU-Bürger (49 Prozent) meinte, solche Produkte sollten in den Regalen besser sichtbar sein oder die Geschäfte sollten spezielle Abteilungen mit umweltfreundlichen Produkten einrichten. Ein Drittel (31 Prozent) der EU-Bürger erklärte, die Einzelhändler könnten umweltfreundliche Produkte am besten fördern, indem sie die Verbraucher besser informieren.

Obwohl kaum die Hälfte der EU-Bürger erklärt, Umweltzeichen spielten eine wichtige Rolle bei ihren Kaufentscheidungen, und nur jeder Zehnte meint, die Gesamtmenge der von einem Produkt verursachten Treibhausgasemissionen sollte auf den Umweltzeichen angegeben sein, vertraten etwa 72 Prozent der EU-Bürger die Auffassung, dass künftig für jedes Produkt die CO₂-Kennzeichnung verbindlich vorgeschrieben sein sollte. Während der Tagung des Rates Umwelt im Dezember 2008 baten die Umweltminister die Kommission, die Einführung einer solchen Vorschrift zu prüfen. (Wus)

Bund

Weniger Treibhausgase

EEG-Nachhaltigkeitsverordnung tritt am 24. August 2009 in Kraft

Flüssige Biomasse muss ab Januar 2010 bestimmte Nachhaltigkeitsanforderungen erfüllen, damit daraus erzeugter Strom von den Vergütungsregelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes profitieren kann.

Die Nachhaltigkeitsverordnung sieht vor, dass flüssige Biomasse, die nach dem EEG vergütet wird (z. B. Raps-, Palm- und Sojaöl) so hergestellt werden muss, dass ihr Einsatz zur Stromerzeugung im Vergleich zu fossilen Energieträgern mindestens 35 Prozent weniger Treibhausgase freisetzt. Zudem dürfen die Pflanzen nicht auf Flächen mit hohem Naturschutzwert, wie etwa Regenwäldern und Feuchtgebieten, angebaut worden sein.

Der Nachweis dieser Anforderungen erfolgt mit Hilfe von Zertifizierungssystemen und Zertifizierungsstellen, die jeweils von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) anerkannt sein müssen. Ab dem 24. August 2009 können Anträge auf Anerkennung bei der BLE gestellt werden. Zurzeit werden die Verwaltungsvorschriften für die Anerkennungsverfahren erarbeitet, die nach Anhörung der betroffenen Verbände voraussichtlich im Herbst 2009 in Kraft treten werden. Unter <http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/44654/4590/> stellt das BMU weitere Informationen zur Verordnung zur Verfügung. Der Text der Verordnung wurde am 29. Juli 2009 im Bundesgesetzblatt Jahrgang 2009 Teil I Nummer 46, S. 2174 veröffentlicht. (DK)

Stromvermarktung beginnt 2010

Bundestag verabschiedet Verordnung zur EEG-Umlage

Der Deutsche Bundestag hat am 2. Juli 2009 die Ausgleichsmechanismus-Verordnung (AusglMechV) zum Erneuerbare-Energien-Gesetz verabschiedet. Ab Januar 2010 wird der Strom aus Anlagen, die unter das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fallen, von den Netzbetreibern bestmöglich an der Börse verkauft. Soweit diese Verkaufserlöse zur Finanzierung der EEG-Vergütung nicht ausreichen, wird eine jährliche Umlage von allen Stromlieferanten erhoben.

EEG-Strom wird also künftig nicht mehr physikalisch an die Vertriebe weitergewälzt, sondern vermarktet. Die Vermarktung beginnt am 1. Januar 2010. Anders als noch im Kabinettsentwurf vorgeschlagen, muss die Übertragung der Vermarktung vom Übertragungsnetzbetreiber auf Dritte nun nicht mehr zwingend innerhalb von zwei Jahren erfolgen. Die Vermarktung darf nur am Spotmarkt einer Strombörse erfolgen. Da die Einnahmen aus der EEG-Vermarktung zunächst i. d. R. nicht zur Zahlung der EEG-Vergütung an die Anlagenbetreiber ausreichen werden, wird zusätzlich von den Vertrieben eine Umlage gezahlt. Die Umlage für das folgende Kalenderjahr ist bis zum 31. Oktober eines Kalenderjahres auf den Internetseiten der Übertragungsnetzbetreiber zu veröffentlichen und in „Cent pro an Letztverbraucher gelieferter Kilowattstunde“ anzugeben.

Es wird von allen Marktteilnehmern erwartet, dass durch die Umstellung auf die rein finanzielle Wäl-

zung die Transparenz der EEG-Kosten steigt und die Systemkosten des EEG sinken. Bisher mussten die Lieferanten prognostizieren, wie viel Strom sie aus EEG-Anlagen abnehmen müssen. Bei Abweichungen muss der Lieferant seinen Stromeinkauf kurzfristig und in der Regel zu ungünstigeren Bedingungen anpassen. Durch die ab 2010 im Voraus bekannte Umlagehöhe steigt somit auch die Planungssicherheit bzw. sinkt das Beschaffungsrisiko. Für die Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen ändert die Verordnung nichts – es bleibt bei dem durch das EEG garantierten Einspeisungsvorrang zu gesetzlich festgelegten Tarifen. (DK)

**Aufschub bis 10. Juni 2011
gewährt**

Deutschland erhält Fristverlängerung für Feinstaubgrenzwerte

Die Europäische Kommission hat am 2. Juli 2009 für neun deutsche Städte und Regionen die Frist zur Einhaltung der EU-Anforderungen für Feinstaub (PM₁₀) bis zum 10. Juni 2011 verlängert. Die Grenzwerte gelten bereits seit 2005, konnten bislang aber in zahlreichen deutschen Ballungsräumen nicht eingehalten werden.

Die Fristverlängerung gilt für Augsburg, München, Dortmund, Düsseldorf, Hagen, Aschersleben/Harz, Weimar und die Regionen Brandenburg/Cottbus und Niedersachsen/Bremen. Die Stadt München muss ihren Luftqualitätsplan allerdings noch nachbessern. Zur Entscheidung der Kommission geht es [hier](#).

Für eine positive Entscheidung der Kommission mussten folgende drei Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Vor dem ursprünglichen Zeitpunkt für die Erreichung der Grenzwerte (bei PM₁₀: 2005) müssen alle geeigneten Maßnahmen für deren Einhaltung getroffen worden sein.
2. Die Überschreitung muss auf mindestens eine der folgenden Ursachen zurückzuführen sein: grenzüberschreitende Luftverschmutzung, widrige Witterungsbedingungen oder standortspezifische Bedingungen, die die Ausbreitung von Schadstoffen beeinflussen.
3. Die Grenzwerte müssen vor Ablauf der neuen Frist (Juni 2011) erreicht werden. Für jedes Luftqualitätsgebiet muss ein Luftqualitätsplan mit den geplanten Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte erarbeitet werden.

Zum Hintergrund: Die europäische [Luftqualitätsrichtlinie 2008/50/EG](#) enthält zwei verbindliche Grenzwerte für die Luftqualität für Feinstaub (PM₁₀), die sich auf die durchschnittliche Tages- bzw. Jahreskonzentration beziehen. Diese Vorschriften traten bereits am 1. Januar 2005 in Kraft.

Die Luftqualitätsrichtlinie wurde 2008 überarbeitet und erlaubt Mitgliedstaaten seither, für PM₁₀, Stickstoffdioxid und Benzol eine Fristverlängerung mitzuteilen. Im Januar 2009 wurden jedoch gegen zehn Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet – weil sie bis dahin noch keine solche Mitteilung vorgelegt oder noch nicht alle Luftqualitätsgebiete mit Überschreitung der PM₁₀-Grenzwerte gemeldet hatten.

Es bleibt spannend: Die Fristverlängerung für neun deutsche Ballungsräume bedeutet nicht, dass das Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland nun automatisch eingestellt würde. Denn es gibt noch zahlreiche weitere Städte und Regionen mit zu hoher Feinstaubbelastung, für die eine Entscheidung der Kommission bislang aussteht. Sollte jedoch für alle betroffenen Regionen in Deutschland eine Fristverlängerung gewährt werden, würde das Verfahren bis zum Ablauf der neuen Frist eingefroren. Darüber hinaus wird man aber auch die Grenzwerte für Stickstoffdioxid kritisch beobachten müssen. Denn wenn zum Stichtag am 1. Januar 2010 auch diese Grenzwerte nicht eingehalten werden können, müssen verschiedene Großräume für diesen Luftschadstoff ebenfalls Fristverlängerungen beantragen. (Wus)

**Anzeige vom 01.12.2009 bis
28.02.2010 möglich**

Neues Batteriegesetz tritt am 1. Dezember 2009 in Kraft

Hersteller und Importeure von Batterien müssen aufgrund des neuen „Gesetzes zur Neuregelung der abfallrechtlichen Produktverantwortung für Batterien und Akkumulatoren“ (Batteriegesetz – BattG) ihre Tätigkeit beim Umweltbundesamt anzeigen. Betroffen ist u. a. auch der Import von Geräten, die Batterien enthalten. Die einmalige Anzeige muss im Zeitraum 1. Dezember 2009 bis 28. Februar 2010 erfolgen, die Registrierung ist kostenlos. Existierende Rücknahmesysteme (z. B. GRS und andere Herstellersysteme) bleiben bestehen. Die Rücknahme erfolgt weitgehend über den Handel. Einen

Überblick über das neue Batteriegesetz gibt das [Merkblatt der IHK Südlicher Oberrhein](#). (AR, Wus)

„EMAS Award 2009“: Vier deutsche Organisationen kandidieren



Der DIHK hat der Europäischen Kommission Anfang Juli die nationalen Nominierungen für den „EMAS Award 2009“ übermittelt. In vier Kategorien treten deutsche Organisationen an. Der DIHK organisierte auch in diesem Jahr die Vorentscheidung für den europäischen Wettbewerb. Gesucht wurden Organisationen, die ein Umweltmanagement nach der EMAS-Verordnung („Eco Management and Audit Scheme“) der Europäischen Union betreiben und die besondere Leistungen zum Thema „Umweltschutz in der Lieferkette und umweltorientierte Beschaffung“ vorweisen können.

Bei der nationalen Ausscheidung blieb die Kategorie Mikro-Organisationen unbesetzt, für die übrigen vier Kategorien setzten sich nach dem Votum der Expertenjury folgende Kandidaten durch:

- Kleine Organisationen:
Seehotel Wiesler GmbH, Titisee
- Mittlere Organisationen:
Evangelischer Entwicklungsdienst e. V. (EED), Bonn
- Große Organisationen:
himolla Polstermöbel GmbH, Taufkirchen/Vils
- Organisationen aus der Verwaltung:
Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau

Die Nominierten stellen sich nun dem Urteil einer europäischen Jury. Die fünf Preisträger werden dann am 19. November 2009 in Stockholm geehrt. Mehr Informationen zu EMAS und zum Award gibt es unter <http://ec.europa.eu/environment/emas> (Hüw)

IHK-Zertifikatslehrgang „Energie Manager“ hilft Betrieben beim Energiesparen



Für Unternehmen ist Energieeffizienz ein Top-Thema – bei industriellen Prozessen, aber auch im Dienstleistungsbereich. Doch: Nur wer die Schwachstellen kennt, kann sie auch beseitigen. Deshalb bieten die Industrie- und Handelskammern (IHKs) bundesweit den Zertifikatslehrgang „EnergieManager (IHK)“ an. Die Absolventen, meist Fach- und Führungskräfte aus produzierenden

ECO-Post 8. Ausgabe, 17. August 2009

Unternehmen, können nach einer Teilnahme versteckte Energiefresser im Betrieb aufdecken und beseitigen.

Im Lehrgang werden alle Themen behandelt, die für die Steigerung der Energieeffizienz wichtig sind: Prozesswärme, Lüftungs- und Klimatechnik oder elektrische Antriebe sind Beispiele für technische Seminarmodule. Aber auch geschickter Stromerwerb und gekonnte Beschaffung können Kosten senken. Zudem werden neue Effizienz-Technologien sowie deren Einsatzbereiche und Einsparmöglichkeiten vermittelt. Der Zertifikatslehrgang im Umfang von ca. 240 Lehrgangsstunden besteht aus Seminarmodulen (ca. 160 LStd.), einer betrieblichen Projektarbeit und Online-Lernen (zusammen ca. 80 LStd.).

Die Absolventen des Zertifikatslehrganges „EnergieManager (IHK) / European EnergyManager“ sind in punkto Energieeffizienz stets auf dem neuesten Stand, weil die Inhalte und Methoden von Experten aus der Praxis kontinuierlich überarbeitet werden. In der aktuellen Version wurden z. B. die Gebäudethemen weiter ausgebaut und das Modul Geothermie neu aufgenommen. Seit Ende 2005 erhalten die Absolventen neben dem deutschen auch ein Zertifikat zum „European EnergyManager“. Hintergrund: In 12 Ländern Europas wird der Lehrgang aufgrund eines EU-Projekts einheitlich durchgeführt.

Mittlerweile können Interessierte bei über 30 IHKs und IHK-Bildungszentren in Deutschland wertvolles Energiespar-Know-how erwerben – und das lohnt sich auch für die entsendenden Betriebe: Sie sparten 2007 durch die Optimierungsvorschläge aus den integrierten Projektarbeiten durchschnittlich je 50.000 Euro an Energiekosten ein.

Die Internet-Seite <http://www.energiemanager.ihk.de> fungiert im exklusiven, internen Bereich als virtuelle Netzwerkplattform aller bundesweit qualifizierten Energiemanager. Die tagesaktuell gepflegten Energie-Informationen und der Erfahrungsaustausch auf Expertenniveau stehen im Fokus des Internetangebots. So bleiben die Absolventen auch nach den Seminarmodulen weiterhin in Kontakt und fachlich up-to-date.

Derzeit entwickelt die IHK-Organisation zusammen mit betrieblichen Experten ergänzende IHK-

Zertifikatslehrgänge im Energieeffizienz-Bereich. So werden der Druckluft-Spezialist (IHK) und der Spezialist für energieeffiziente Beleuchtungstechnik (IHK) in Kürze fertig gestellt sein, weitere Themen sind in Vorbereitung.

Das Trainingskonzept „EnergieManager (IHK) / European EnergyManager“ wurde entwickelt unter der Federführung der IHK Nürnberg für Mittelfranken in Zusammenarbeit mit der IHK für München und Oberbayern, der IHK Schwaben, dem Unternehmen pe projects energy GmbH aus Hamburg, dem DIHK sowie der DIHK-Bildungs-GmbH. Das erwähnte EU-Projekt koordinierte ebenfalls die IHK in Nürnberg, Details siehe <http://www.energymanager.eu>. Genaueres zu den Inhalten und den Anbietern der Weiterbildung finden Sie im Internet unter <http://www.energiemanager.ihk.de>.

Bitte wenden Sie sich für Rückfragen und weitere Informationen zu den genannten Qualifizierungen an Herrn Tom Ankirchner (E-Mail: ankirchner.tom@wb.dihk.de), DIHK-Bildungs-GmbH. (TA)

Mitarbeiter senken Energiekosten

dena bietet Empfehlungen und Motivationshilfen zum energieeffizienten Mitarbeiterverhalten

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen Maßnahmen zum Kostensparen gefragt, die schnell wirken und wenig Investitionen erfordern. Dazu gehört die energieeffiziente Nutzung von Anlagen und Geräten. Erfahrungen aus der Praxis belegen, dass durch hauptsächlich verhaltensbedingte Maßnahmen Energieeinsparungen von über 15 Prozent möglich sind. Das gelingt jedoch nur, wenn sich die Mitarbeiter dafür engagieren. Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) zeigt im Rahmen der Initiative EnergieEffizienz, wie Unternehmen ihre Mitarbeiter schrittweise zum Energiesparen motivieren können und stellt dafür hilfreiches Material zur Verfügung.

Im ersten Schritt gibt die Geschäftsführung ein deutliches Signal, dass Energieeinsparung wichtig ist, zum Beispiel auf einer Kick-Off-Veranstaltung. Dort werden die Mitarbeiter über die Einsparziele informiert und es wird ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. Die Mitarbeiter lassen sich dabei

durch ein internes Vorschlagwesen oder einen Ideenwettbewerb von Beginn an einbeziehen. Bei der Umsetzung kommt es darauf an, den Mitarbeitern konkrete Handlungsempfehlungen zu geben. Die Initiative EnergieEffizienz stellt dafür vielfältiges Material zur Verfügung, das direkt eingesetzt werden kann. Eine Broschüre enthält die wichtigsten Maßnahmen zum Stromsparen am Arbeitsplatz. Attraktive Postkarten mit Energiespartipps können an die Mitarbeiter verteilt werden. Plakate, Aushänge und Aufkleber erinnern dauerhaft an die Handlungsoptionen. Der „Feierabendcheck“ passt zum Beispiel an jede Bürotür. Er weist darauf hin, worauf vor Verlassen des Büros noch zu achten ist, um Energie zu sparen. Alle Materialien gibt es zum kostenlosen Download unter www.energieeffizienz-im-service.de.

Um die Motivation zum Energiesparen langfristig im Unternehmen aufrecht zu erhalten, ist es wichtig, die Erfolge der Maßnahmen zu messen und unternehmensweit zu kommunizieren. Über ein Prämiensystem oder ideelle Anerkennungen können die Mitarbeiter an der Kosteneinsparung beteiligt werden.

Die *Initiative EnergieEffizienz* ist eine bundesweite Aktionsplattform zur effizienten Stromnutzung, die von der dena und den Unternehmen E.ON Energie AG, EnBW AG, RWE AG sowie Vattenfall Europe AG getragen und durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie gefördert wird. (Quelle: *Initiative EnergieEffizienz/dena*).

Länder

Acht Modellregionen entwickeln Strategien

Förderung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel

Der Bund fördert in acht Regionen als [Modellvorhaben der Raumordnung \(MORO\)](#) die Entwicklung von Anpassungsstrategien an den Klimawandel. Dabei geht es um die Regionalentwicklung, den Tourismus, die Infrastruktur, Hochwasser und ökonomische Auswirkungen.

Folgende acht Modellregionen werden vom Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung gefördert, um individuelle Strategien zur Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln:

- Vorpommern
- Havelland-Fläming
- Westsachsen
- Oberes Elbtal - Osterzgebirge

- Mittel- und Südhessen
- Mittlerer Oberrhein - Nordschwarzwald
- Stuttgart
- Neumarkt (in der Oberpfalz) (alb)

Erfahrungen aus Unternehmen gefragt

Workshop „Unternehmerische Anpassung an den Klimawandel“ am 14. September 2009 in Berlin

Zur Unterstützung von Entscheidungsträgern in Unternehmen entwickelt Adelphi Research im Auftrag des Umweltbundesamts ein Konzept für eine Online-Plattform, auf der Informationen, Daten und Methoden zum Umgang mit den Chancen und Risiken des Klimawandels angeboten werden sollen. Bei der Entwicklung sollen die Entscheidungsträger aus Unternehmen einbezogen werden. Daher lädt Adelphi Research am 14. September 2009 zum Kleingruppenworkshop „Unternehmerische Anpassung an den Klimawandel – Methoden zum Klimafolgenmanagement“ nach Berlin ein. Die bislang zusammengestellten Methoden, Inhalte und Fallstudien zur Anpassung an den Klimawandel werden vorgestellt und mit den Teilnehmern diskutiert. Darüber hinaus gibt es Impulsreferate zum Klimafolgenmanagement. Die Präsentationen und Diskussionen sollen Unternehmensvertretern bei einer ersten Chancen- und Risikoanalyse bezüglich der Auswirkungen des Klimawandels unterstützen. Die Teilnehmer sind aufgefordert, eigene Problemstellungen mitzubringen.

Das Anmeldeformular ist unter www.adelphi-research.de/klimafolgenmanagement erhältlich. Für Rückfragen steht auch Christian Kind von Adelphi Research zur Verfügung (Tel-Nr. 030-8906869-16 oder kind@adelphi-research.de). (Wus)

RENEXPO feiert 10-jähriges Jubiläum

Fachmesse für erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen & Sanieren vom 24. bis 27. September in Augsburg

Zum 10. Mal versammelt die RENEXPO® in diesem Jahr vom 24. bis zum 27. September Aussteller und Fachleute rund um die Themen erneuerbare Energien sowie energieeffizientes Bauen & Sanieren. Aussteller aus den Bereichen Biomasse, Bauen & Sanieren sowie Regenerative Energien können ihre Leistungen präsentieren. Im Rahmen des begleitenden Fachkongresses werden Veran-

staltungen zu den Themen Bauen & Sanieren, Bioenergie, Kraft-Wärme-Kopplung, Nachhaltigkeit, Oberflächennahe Geothermie, Solartechnologie, Windenergie und Export angeboten. Damit will die Messe einen Beitrag zum Wissenstransfer aus Forschung und Entwicklung in die Praxis leisten. Mehr Informationen sowie die Anmeldeunterlagen erhalten Sie unter www.renexpo.de. (DK, Wus)

Deutsche Anbieter in Thailand gesucht

Infoveranstaltung „Energieeffizienz in Gebäuden – Thailand“ am 28. Oktober 2009 in Frankfurt am Main

Energieeffizientes Bauen gewinnt in Thailand immer mehr an Bedeutung. Die Chancen, die diese Entwicklung für deutsche Anbieter birgt, beleuchtet eine Veranstaltung am 28. Oktober 2009 in der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main.

Gemeinsam mit der Deutschen Auslandshandelskammer (AHK) Thailand, dem Ostasiatischen Verein (OAV) und dem Bundeswirtschaftsministerium informiert die IHK in der Mainmetropole über die Potenziale für deutsche Firmen, rechtliche Rahmenbedingungen eines Engagements sowie die Fördermöglichkeiten in Thailand.

Die Veranstaltung ist Teil der „[Exportinitiative Energieeffizienz](#)“. Sie richtet sich an Anbieter von Gebäudetechnik (Klimatisierung, Belüftung, gebäudeintegrierte Energieerzeugung) sowie von Baumaterialien und Baustoffen, aber auch an Dienstleister aus den Feldern technische Planung und Beratung, an Ingenieure und Architekten. Ihnen bietet ein Einstieg in den thailändischen Markt zum jetzigen Zeitpunkt nach Einschätzung der Veranstalter beste Chancen, an einer viel versprechenden Entwicklung teilzuhaben. Denn in dem südostasiatischen Land wird angesichts steigender Energienachfrage und -kosten immer mehr Wert auf Energieeffizienz gelegt – auch am Bau. Interessierte Unternehmer erfahren in Frankfurt unter anderem, mit welchen Investitionsprogrammen und Anreizen die Regierung Thailands entsprechende Aktivitäten fördert und was es mit der „Green Buildings“-Initiative auf sich hat.

Nach dem Mittagsimbiss werden Best-Practice-Beispiele vorgestellt; ein Get-together bietet abschließend die Möglichkeit zu Einzelgesprächen mit den Referenten.

Die Teilnahme kostet 30 Euro, Anmeldeschluss ist der 30. September 2009.

Das detaillierte Programm und ein Anmeldeformular gibt es zum Download auf der [Website des OA-V](#). (Quelle: IHK Frankfurt a. M.)

AHKs und LAV organisieren Reise im Oktober

Mit Umwelttechnik nach Peru und Kolumbien

Die deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) in Bogotá und Lima und der Lateinamerika Verein (LAV) laden interessierte Umwelttechnologie-Firmen vom 4. bis zum 9. Oktober 2009 nach Peru und Kolumbien ein.

Ein interessantes Reiseziel für die Branche: Sowohl in Kolumbien als auch in Peru wurde in jüngster Zeit die Bedeutung eines „sauberen“ Wirtschaftswachstums erkannt. Entsprechende Investitionen sind jedoch jahrzehntelang ausgeblieben, sodass der Nachholbedarf enorm und Umwelttechnik „made in Germany“ gefragt ist.

Thematische Schwerpunkte der Reise sind Wasser- und Abwassertechnologien, Abfall- und Recycling-Technik sowie Emissions-Monitoring. Die vom Bundeswirtschaftsministerium geförderte Reise bietet den Teilnehmern Gelegenheit, ihre Geschäftschancen im kolumbianischen und peruanischen Markt zu sondieren und mit potenziellen Partnern, mit Ministerien und Behörden Kontakt aufzunehmen.

Wichtige Bestandteile des Reiseprogramms sind der Austausch von Know-how, die Präsentation von Produkten und Lösungen sowie persönliche Kontakte und Gespräche mit Unternehmen, Gremien und Dienststellen.

Für die Teilnahme wird ein Eigenanteil in Höhe von 200 Euro pro Person erhoben; Flug- und Hotelkosten tragen die mitreisenden Firmenvertreter selbst. Anmeldeschluss ist der 7. September 2009. Weitere Einzelheiten und das vollständige Programm gibt es auf der [Website des LAV](#). (Quelle: LAV)

Infos zu Forschungsstand und Innovation

Kongress „Energie * Zukunft * Unternehmen“ am 18. November 2009 in Bremerhaven

Umweltschutz, zukunftsorientiertes Handeln, Energieeffizienz sind Schlagwörter, die derzeit in aller Munde sind. Doch was tun einzelne Unternehmen in der Region konkret für den Umwelt- und Klimaschutz? Wie ist der aktuelle Stand der Forschung? Ökologisches Agieren von Unternehmen, nachhaltiges Handeln im Sinne der nachfolgenden Generationen und Energieeffizienz sind eng miteinander verzahnte und überlebenswichtige Themen.

Die IHK Bremerhaven nimmt sich dieses zukunfts-trächtigen Themenkomplexes während des Kongresses „Energie * Zukunft * Unternehmen“ am 18. November 2009 im „Conference Center Bremerhaven“ an. Zu der Veranstaltung, die gemeinsam mit der [Klimaschutzagentur Bremer Energie-Konsens](#) organisiert wird, werden eine Reihe kompetenter Referenten aus der Praxis erwartet.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter der Adresse: www.energieforum09.de

Ansprechpartner bei der IHK Bremerhaven: Wilfried Allers, Tel 0471 92460-25, E-Mail: allers@bremerhaven.ihk.de (Quelle: IHK Bremerhaven)

Hinweis

Verunreinigte Edelstahlteile



Das Hessische Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gibt bekannt, dass eine Lieferung mit Edelstahlteilen aus China mit dem Radionuklid Co-60 verunreinigt ist.

Bekannt geworden ist eine Sendung von Mustern mit Edelstahlkleinteilen zur Herstellung von Fensterbeschlägen, die an eine Firma in Hessen geliefert wurde (siehe Abbildung).

Lieferant dieser Edelstahlkleinteile ist die Firma:

Hangzhou Ruiji Machinery CO. LTD
17F Mingyang Building
No. 18 Jiefang Road
Hangzhou 310009 China

Die Charge (abschließende Qualitätssicherung des chinesischen Lieferanten am 22.06.09) kam am 14.07.09 per Luftfracht über FRAPORT nach Deutschland und wurde anschließend am 15.07.09 durch Straßentransporte an den Empfänger ausgeliefert. An den Einzelobjekten wurden Werte von 2 uSv/h gemessen.

Da nicht auszuschließen ist, dass weitere Firmen in Hessen verunreinigte Edelstahlteile dieses chinesischen Unternehmens erhalten haben, weisen wir darauf hin, Lieferungen auf Kontaminationsfreiheit prüfen zu lassen.

Veranstaltungen

Sturm- und Wasserschäden

Klimawandel in Mittelhessen betrifft jedes Unternehmen:
Effektive Maßnahmen zum Schutz Ihres Unternehmens vor Sturm- und Wasserschäden

Organisieren Sie den Eigenschutz Ihres Unternehmens effektiv
Reagieren Sie richtig auf Wetterereignisse
Vermeiden Sie Produktionsausfälle
Kooperieren Sie optimal mit Behörden
Sichern Sie sich strategisch ab

Hochwasser- und Sturmereignisse haben in den letzten Jahren auch in Mittelhessen immer mehr zugenommen. Sogenannte extreme Wetterlagen treten immer öfter ein, verbunden mit plötzlich auftretendem Starkregen und hohen Windgeschwindigkeiten. Die Orkanböen in der Giessener Innenstadt in 2008, der Sturm Kyrill 2007 und das extreme Gewitterereignis im Raum Dillenburg in 2006 haben dies bereits gezeigt. Betroffen kann jedes Unternehmen sein, da Schäden im mittelhessischen Raum vor allem durch hohe Niederschlagsmengen innerhalb kürzester Zeit, wie zum Beispiel durch extreme Gewitter und Sturmereignisse, verursacht werden.
[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

EnergieEffizienzMesse

Energieversorgung – sicher, bezahlbar und effizient

Der Erfolg der EnergieEffizienzMesse im vergangenen Jahr veranlasst die IHK Frankfurt am Main auch in diesem Jahr zusammen mit der Fa. beewell vom 15. - 16.09.09 diese Messe für Energieeinsparung und Energiemanagement durchzuführen. Am 15.09.09, 17:30 Uhr, findet eine Podiumsdiskussion zu aktuellen Fragen der Energiepolitik statt, auf die wir Sie schon heute aufmerksam machen wollen und einladen möchten. Der Titel der Veranstaltung lautet "Energieversorgung - sicher, bezahlbar und effizient". [Mehr...](#)

Redaktion: Thomas Ilka (ilk) zugleich ViSdP, Meike Albers (alb), Tom Ankirchner, DIHK Bildungs GmbH (TA), Corinna Grajetzky (Gra), Regina Haas, IHK Nord (Ha) Dr. Hermann Hühwels (Hüh), Dr. Dieter Kreikenbaum (DK), Ruth Neumann (RN), Dr. Armin Rockholz (AR), Dr. Bettina Wurster (Wus)

Bei den angelinkten externen Seiten handelt es sich ausschließlich um fremde Inhalte. Der DIHK übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt der angelinkten Seiten. Wir haben keinerlei Einfluss auf den Inhalt dieser Seiten und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Rechtmäßigkeit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit fremder Inhalte keine Gewähr leisten. Es wird ausdrücklich erklärt, dass zum Zeitpunkt der Linksetzung die entsprechend verlinkten Seiten frei von illegalen Inhalten waren.